

Verschiebung der Personalversammlungen und Tätigkeitsbericht des Personalrats

Liebe Kolleg*innen, bereits am 27.10. haben wir die Schulen informiert, dass wir eine Durchführung der für den 02.11. und 16.11. angekündigten Personalversammlungen unter den derzeitigen Bedingungen nicht verantworten können. Die Termine wurden von uns abgesagt. Wir hoffen, dass wir im Frühjahr die Personalversammlungen nachholen können!

Der Personalrat ist verpflichtet, jährlich auf einer Personalversammlung einen **Tätigkeitsbericht** zu erstatten und sich den Fragen aller Kolleg*innen zu stellen (§ 47 PersVG). Wir kommen dem nach, indem wir Ihnen einen Tätigkeitsbericht per E-Mail über Ihre Schulleitung zukommen lassen. Der Tätigkeitsbericht enthält Informationen, die nur für den internen Dienstgebrauch bestimmt sind. Er wird deshalb nicht auf unserer Website veröffentlicht. Bitte geben Sie die Datei auch nicht weiter.

Außerdem bietet der Personalrat eine **telefonische Sondersprechzeit am Montag, den 16.11.2020**, von 08:00 bis 17:00 Uhr, an, insbesondere um Rückfragen zum Tätigkeitsbericht zu beantworten und Ihre Fragen, Kritik, Vorschläge und Beschwerden entgegenzunehmen. Auch reguläre Beratungen, wie wir sie in unserer wöchentlichen Telefonsprechstunde donnerstags 09:00 bis 16:00 anbieten, finden am 16.11. statt. Auf Seite 2 finden Sie die Schwerpunktthemen und die Erreichbarkeit der Personalratsmitglieder.

Auf die aktuelle Infektionsentwicklung musste auch der Wahlvorstand für die Pankower **Personalratswahl** reagieren und die Einrichtung von Wahllokalen an den einzelnen Schulen absagen. Informationen zur Durchführung der Personalratswahl (23.-26. November 2020) und zur Möglichkeit von Briefwahl finden Sie auf unserer Website: <https://pr-schulen-pankow.de/personalratswahl-2020>

Da wir in diesem Jahr keine Resolution einer Personalversammlung zu den drängendsten Themen verabschieden können, hat der Personalrat die **Forderungen, die Beschäftigte an uns herangetragen haben**, zusammengefasst (Seiten 3-4).

Aktualisierte Informationen zu verschiedenen Themen (**coronabedingte arbeitsmedizinische Beratung, Präventionsgespräche, Mutterschutz, Pensionierung und Ruhegehalt**) finden Sie auf unserer Website.

Bleiben Sie gesund!

Ute Klinkmüller

Vorsitzende

Telefonische Sondersprechzeit des Personalrats

am Montag, den 16.11.2020, von 08:00 bis 17:00 Uhr

Beamtenrecht	10:00 – 12:00	Herr Förster	Tel. 90249-1041
	14:00 – 16:00	Herr Dr. Reiske	Tel. 90249-1041
Digitalisierung / Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik an Schulen	08:00 – 14:00	Frau Kasigkeit	Tel. 90249-1042
	12:00 – 17:00	Herr Wälz	Tel. 90249-1035
Eingruppierung / Tarifrecht	12:00 – 17:00	Herr Wälz	Tel. 90249-1035
	16:00 – 17:00	Herr Hennig	Tel. 90249-1041
Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Betreuer*innen, PU	08:00 – 10:00	Herr Endesfelder	Tel. 90249-1035
	10:00 – 12:00	Frau Feix	Tel. 96201856
Gesundheit, Gesundheitsschutz, Gefährdungsbeurteilungen, Prävention, Überlastungsanzeigen	08:00 – 14:00	Frau Kasigkeit	Tel. 90249-1042
	10:00 – 12:00	Herr Siegel	Tel. 90249-1035
	12:00 – 14:00	Frau Stür	Tel. 90249-1041
	14:00 – 16:00	Herr Dr. Reiske	Tel. 90249-1041
	14:00 – 17:00	Frau Philipp	Tel. 90249-1042
Grundschule	14:00 – 17:00	Frau Philipp	Tel. 90249-1042
Gymnasium	10:00 – 12:00	Herr Förster	Tel. 90249-1041
Integrierte Sekundarschule, Gemeinschaftsschule, Sonderpädagogisches Förderzentrum	12:00 – 17:00	Herr Wälz	Tel. 90249-1035
	08:00 – 16:00	Frau Klinkmüller	Tel. 90249-1038
Pension	10:00 – 12:00	Herr Förster	Tel. 90249-1041
Tätigkeitsbericht und die Arbeit des Personalrats, allgemeine Anfragen	08:00 – 16:00	Frau Klinkmüller	Tel. 90249-1038
	10:00 – 12:00	Herr Siegel	Tel. 90249-1035
	14:00 – 17:00	Frau Philipp	Tel. 90249-1042

Der Personalrat der allgemeinbildenden Schulen Pankow fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie dazu auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1.) Gesundheitsschutz

An unseren Forderungen aus dem Initiativantrag des Personalrates im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie halten wir weiterhin fest. Wir fordern die **Umsetzung geeigneter Maßnahmen zum Gesundheitsschutz** an den Pankower Schulen, z.B. durch

- den Einbau von Plexiglaswänden zwischen dem Tisch der Lehrkraft und den Tischen der Schüler*innen in Räumen, die zu klein sind, um den Mindestabstand einzuhalten
- die Bereitstellung von CO₂-Messgeräten
- die Aushändigung von FFP-Masken
- bauliche Maßnahmen zur besseren Lüftung der Räume
- die Einstellung zusätzlichen Personals zur Verkleinerung der Lerngruppen
- zusätzliche Reinigungsleistungen, insbesondere während des Unterrichts und der Betreuung
- regelmäßige symptomunabhängige Testung aller Beschäftigten
- besonderer Schutz von Kolleg*innen, die eigene gefährdete Kinder haben
- adäquate Übertragung des Musterraumprogramms für Neubauschulen auf Bestandsbauten.
- Bei Kolleg*innen, die eine Covid-19-Erkrankung überstanden haben und unter Spätfolgen leiden, muss der Arbeitgeber das erhöhte Risiko erkennen und Nachteile ausgleichen.

2.) Personalsituation

Spätestens während der Schulschließungen hat sich gezeigt, wie angespannt die Personalsituation an den Schulen ist. Nicht nur gut ausgebildete **Lehrkräfte**, bei denen wir ja seit Jahren eine 110%-ige Personalausstattung fordern, müssen fachgerecht eingestellt und gehalten werden. Ganz besonders der Bereich der **ergänzenden Förderung und Betreuung** hat in diesem Schuljahr große Defizite in der Personalausstattung ausgleichen müssen. Die Erzieher*innen arbeiteten während der Notbetreuung am Limit. Auch jetzt sind sie wieder laut Coronastufenplan in Phase rot angehalten, ergänzende Förderung und Betreuung und Notbetreuung abzudecken.

Wir fordern zusätzliche Einstellungen im Bereich der **Erzieher*innen**, damit die Schulen eine **110%-ige Ausstattung** haben, um auch in diesem Bereich flexibel reagieren zu können und handlungsfähig zu sein.

3.) Bessere Ausstattung für gute digitale Bildung

Um auch im Falle der Schließung von Schulen oder der Umsetzung von Unterricht in Alternativszenarien gute Bildung zu ermöglichen, müssen die **technischen und personellen Voraussetzungen für die Nutzung digitaler Medien** geschaffen werden. Als Schlussfolgerung aus unserer Umfrage zum Fernunterricht im Juni 2020 fordern wir insbesondere

- die Bereitstellung einer einheitlichen Lernplattform des Landes Berlin, die folgenden Anforderungen genügt:
 - funktional, stabil, gebrauchstauglich, barrierefrei und benutzerfreundlich
 - datenschutzkonform und datensicher
 - mit einer umfangreichen Zugänglichkeit zu Lernmaterialien, die nicht urheberrechtlich geschützt sind
 - bedarfsgerecht mit Fachkräften ausgestattet
 - und von den Beschäftigtenvertretungen mitbestimmt
- die Ausstattung jeder Schule mit mindestens einer IT-Fachkraft, die auch täglich verfügbar ist
- die Neubesetzung der Stelle des Datenschutzbeauftragten für die Bezirke Pankow und Lichtenberg
- ein bedarfsorientiertes und kontinuierliches Fortbildungsangebot für digitale Bildung
- bessere Rahmenbedingungen für effektives digitales Arbeiten, insbesondere kleinere Klassen und eine deutliche Senkung der Arbeitsbelastung aller Pädagog*innen.

4.) Gerechte Bezahlung

Die Umsetzung der **Hauptstadtzulage** hat zu Unmut unter den Funktionsstellen-inhaber*innen geführt. Denn die Kappung der Hauptstadtzulage oberhalb von E13/A13 stellt eine illegitime und sachlich nicht begründbare Benachteiligung gegenüber anderen Lehrkräften dar. Das beamtenrechtliche Abstandsgebot wird dadurch verletzt. Die Übernahme von Verantwortung für die Berliner Schule, die oft mit einer erheblichen Mehrbelastung verbunden ist, wird so unattraktiv gemacht.

Der Personalrat fordert die Zahlung der Hauptstadtzulage an alle Beschäftigten des Berliner öffentlichen Dienstes.

Nach wie vor wird einem Teil der an Grundschulen tätigen Lehrkräfte, die nach dem Recht der DDR eine Ausbildung mit Lehrbefähigung absolviert haben, **gleiches Geld für gleichwertige Arbeit** verwehrt. Sie erhalten keinen Zugang zu den Qualifizierungskursen, die notwendige Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung für das Amt der Lehrkraft an Grundschulen ist, weil sie in den 1980er Jahren nur die Lehrbefähigung für Deutsch *oder* Mathematik und ein Wahlfach erworben haben. Dadurch bleiben sie jetzt dauerhaft in der Entgeltgruppe 10, obwohl ihnen bei der Einstellung vor einigen Jahren teilweise die E 13 zugesagt worden war.

Diese Ungerechtigkeit muss nach 30 Jahren deutscher Einheit beendet werden!

Der Personalrat fordert, den betroffenen Kolleg*innen diese Qualifizierung und damit gleiche Bezahlung zu ermöglichen.